



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hagen
Fraktion Hagen Aktiv im Rat der Stadt Hagen
FDP-Ratsgruppe im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der Fraktionen CDU, Hagen Aktiv, FDP
hier: Informationspflicht zum Umgang mit Bäumen bei Baumaßnahmen

Beratungsfolge:

09.02.2022 Ausschuss für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ...

1. ... künftig bei allen Vorlagen im Zusammenhang mit Bau- und Gestaltungsmaßnahmen transparent und unaufgefordert ausweisen, ob und wie viele Bäume im Zusammenhang von Projekten gefällt oder erheblich zurückgeschnitten werden sollen. Dabei sind ausnahmslos alle Bäume zu benennen, die alleine nach den Größenkriterien unter die Baumpflegesatzung fallen würden, selbst dann, wenn auf sie die Baumpflegesatzung nicht unmittelbar anwendbar sein sollte.

2. ... künftig bei jedem Projekt detailliert darzustellen, welche Vorarbeiten auf welche Weise ausgeführt werden. Dabei muss deutlich werden, inwiefern Bäume in ihrer Substanz davon betroffen sein werden oder könnten.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

Siehe Anlage.



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind nicht betroffen

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ keine Auswirkungen (o)

Kurzerläuterung und ggf. Optimierungsmöglichkeiten:
Hier handelt es sich um eine Informationsanforderung.

Die Fraktionen und Gruppe von CDU, Hagen Aktiv & FDP

Rathausstraße 11
58095 Hagen

Fraktionen & Gruppe im Rat der Stadt Hagen . Rathausstraße 11 . 58095 Hagen

Herr Vorsitzender

Rüdiger Ludwig

- im Hause

Telefon: 02331 207 3184
E-Mail: boehm@cdu-fraktion-
hagen.de

Dokument: 2022_02_09_gemantrag\$6ukm_
baeume_n.docx

31.01.2022

Informationspflicht zum Umgang mit Bäumen bei Baumaßnahmen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Ludwig,

gemäß § 6 Absatz 1 der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des 7. Nachtrages vom 21. April 2020 beantragen wir für die Sitzung des UKM am 09.02.2022 die Aufnahme des o.g. Tagesordnungspunktes.

1. **Bericht der Verwaltung**
2. **Aussprache**
3. **Antrag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, ...

1. ***... künftig bei allen Vorlagen im Zusammenhang mit Bau- und Gestaltungsmaßnahmen transparent und unaufgefordert ausweisen, ob und wie viele Bäume im Zusammenhang von Projekten gefällt oder erheblich zurückgeschnitten werden sollen. Dabei sind ausnahmslos alle Bäume zu benennen, die alleine nach den Größenkriterien unter die Baumpflegesatzung fallen würden, selbst dann, wenn auf sie die Baumpflegesatzung nicht unmittelbar anwendbar sein sollte.***
2. ***... künftig bei jedem Projekt detailliert darzustellen, welche Vorarbeiten auf welche Weise ausgeführt werden. Dabei muss deutlich werden, inwiefern Bäume in ihrer Substanz davon betroffen sein werden oder könnten.***

Begründung:

Die Rodungen um das Areal des Hohenhofes waren nach Aussagen der Verwaltung allen Gremien so weit bekannt. Trotzdem ist dem für Baumschutz und -pflege zuständigen UKM entgangen, dass entsprechend umfangreiche Fällungen aus der Vorlage 0673/2021 abzuleiten gewesen wären. Lediglich den Mitgliedern des Naturschutzbeirates lagen konkrete Informationen der Verwaltung vor, welche Bäume vor Ort entfernt werden sollen.

Insofern leitete die Verwaltung aus den einstimmigen Zustimmungen zur DS 0673/2021 den konkreten Auftrag ab, die vorgenommenen Abholzungen in dieser Form in Auftrag zu geben.

Aus Sicht der Antragsteller lag hier mindestens ein erhebliches Kommunikationsdefizit vor, das mehrere Aspekte umfasst.

Um Kommunikationsprobleme dieser Art und dieses Umfangs für die Zukunft zu vermeiden, sollen künftig alle Fällungen und gravierenden Rückschnitte von Bäumen explizit dargestellt werden. Allgemeine Hinweise auf „Waldumwandlungen“ oder auf beigelegtes Kartenmaterial bzw. auf Kostenaufstellungen werden vom Antragsteller als nicht ausreichend betrachtet, selbst wenn sie es nach geltendem Verwaltungsrecht möglicherweise wären.

Hier gilt es insbesondere den Empfängerhorizont zu berücksichtigen. Denn anders als in den Vorlagen erstellenden Fachverwaltungen verfügen die ehrenamtlichen Ratsmitglieder über deutlich weniger Zeit bei der Lektüre der Vorlagen und über deutlich weniger Kenntnisse des Verwaltungsrechts. Diesem Umstand soll künftig mehr Rechnung getragen werden, um solche Abstimmungsprobleme künftig zu verhindern.

Mit der Bitte um weitere Veranlassung und freundlichen Grüßen verbleiben

Jörg Klepper
CDU-Fraktionsvorsitzender

Dr. Josef Bucker
Fraktionsvorsitzender
Hagen Aktiv

Claus Thielmann
FDP-Gruppensprecher